

Eine russische Räuberpistole zum Amtsantritt

Wurde mit Kauf der Wohnungsgesellschaft GBW auch russisches Schwarzgeld gewaschen?

Von Ralf Müller

Kurz vor seinem Amtsantritt, der nun doch noch im Laufe des März über die Bühne gehen soll, sieht sich der designierte bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) skurrilen Vorwürfen ausgesetzt. Sie gipfeln in dem Verdacht, mit dem Verkauf der Wohnungsgesellschaft GBW mit 32000 Wohnungen im Jahre 2014 könnte auch russisches Schwarzgeld gewaschen worden sein. Die Dementis sind heftig.

Der Freistaat Bayern und dessen Finanzminister Söder hatten den viel kritisierten Deal damals nicht selbst abgewickelt, sondern die verstaatlichte Bayerische Landesbank (BayernLB), die 92 Prozent an der GBW hielt. Nach Lesart des Finanzministeriums musste die Bank die GBW nach Vorgaben der Europäischen Union „diskriminierungsfrei“ verkaufen. Den Zuschlag erhielt für 2,5 Milliarden Euro schließlich ein Konsortium mit 27 Beteiligten, das von der Patrizia AG geführt wurde.

„Bei den Investoren“, hatte die Patrizia AG mitgeteilt, „handelt es sich ausschließlich um berufsständische Versorgungswerke, Pensionskassen, Versicherungen und Sparkassen aus der sogenannten DACH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz)“. Allerdings gibt es darunter auch Beteiligungsgesellschaften in Luxemburg, deren Eigentümer öffentlich überhaupt nicht bekannt sind. Beatrix Zurek, Vorsitzende des Landesverbands Bayern im Deutschen Mieterbund, spricht von einem „unüberschaubaren Firmengeflecht“.

Nach den Recherchen des *Handelsblatts* und des *ARD-Magazins* „Monitor“ sollen einige dieser Beteiligten nicht so seriös sein, wie Patrizia dies glauben machen will. Die beiden Medien zitieren Berichte des Bundeskriminalamts, wonach eine Firma, die Kooperationspartner der



Dem Mieterbund war der Verkauf von 32000 Wohnungen an ein privates Konsortium von Anfang an ein Dorn im Auge.

Patrizia war, speziell „für russische Investoren“ gehandelt haben soll. „Aufgrund der Hintergründe zu dieser Firma und den dort handelnden Personen ist eine Überprüfung des Sachverhaltes dringend notwendig“, wird aus dem Schlussbericht der Ermittler zitiert. Der Verdacht bestehe, dass womöglich auch mit dem GBW-Kauf illegales Geld aus russischen Quellen gewaschen werden sollte.

Die Patrizia reagierte empört. Man sei nicht bereit, als Ziel eines „landespolitisch motivierten Angriffs“ zu dienen, hieß es in einer Stellungnahme. Gegen die Behauptungen werde man mit allen Mitteln vorgehen. „Das Verfahren zum Verkauf der GBW AG und der Zuschlag erfolgten nach Recht und Gesetz. Das Finanzministerium hatte beim Verkauf der Beteiligung keine Kenntnis über die in der Berichterstattung genannten Verdachtsmomente“, teilte eine Sprecherin von Söders Finanzministerium mit, das für die BayernLB zuständig ist. Die

Staatsanwaltschaft München bestätigte immerhin, dass ihr der Vorgang nicht ganz unbekannt ist. Es habe ein „Vorprüfungsverfahren“ gegeben, das jedoch im August 2013 eingestellt worden sei, teilte die Anklagebehörde auf Anfrage mit. Das heißt: Ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Geldwäsche wurde nicht eingeleitet. Und: Ein „förmlicher Bericht“ an das Justizministerium sei „nicht veranlasst“ gewesen „und daher auch nicht erfolgt“. Nach den Informationen von *Handelsblatt* und „Monitor“ hatte eine Ermittlergruppe aus Landeskriminalamt und Zoll vorliegende Geldwäsche-Verdachtsanzeigen zum Anlass genommen, der Staatsanwaltschaft München im Juni 2013 die Einleitung eines Verfahrens nahezu legen.

Im Söder-Ministerium habe man die Investoren nicht gekannt und musste sie auch nicht kennen, sagte die Sprecherin. Ein Trustee (Überwachungstreuhänder) der EU habe den Milliarden deal überprüft. Auch

der Haushaltsausschuss des Landtags habe sich mehrfach mit der Transaktion beschäftigt.

Für die Opposition im bayerischen Landtag sind die Vorwürfe gleichwohl ein gefundenes Fressen zu Beginn des Landtagswahlkampfes. Sie kritisierte von Anfang an, dass 32000 günstige Wohnungen privatisiert worden seien, obwohl sie auch an ein Konsortium der GBW-Liegenschaftskommunen, voran München und Nürnberg, hätten veräußert werden können.

Der Rechtspolitiker der Freien Wähler, Florian Streibl, dachte bereits laut über einen Untersuchungsausschuss im Landtagswahljahr nach. Unterstützt wurde dieser Ansatz jetzt auch vom Landesverband Bayern im Deutschen Mieterbund, der von Anfang an Front gegen den GBW-Verkauf gemacht hatte. „Wir fordern die Verantwortlichen auf, die Sache lückenlos aufzuklären, mit einem Untersuchungsausschuss“, erklärt dazu die Landesvorsitzende Zurek.